

**abgeschlossen am
19. Dezember 2001**

	<u>Seite</u>
1. Repräsentantenhaus für Erneuerung der "Fast-track authority"	1
2. Neue Verhandlungen über Konjunkturprogramm	2
3. Congress einigt sich auf Kompromiss zur Bildungsreform	3
4. Repräsentantenhaus verabschiedet Anti-Terror-Rückversicherungsgesetz	4
5. Führende Mitglieder des Congress drängen auf militärisches Vorgehen gegen den Irak	5
6. Verhaltene Kritik an Einschränkung der Freiheitsrechte durch Präsident Bush	6
7. Maßnahmen gegen Bio-Terrorismus im Repräsentantenhaus anhängig	7
8. Bush-Kommission präsentiert Vorschläge zur Rentenreform	8
9. Nachwahl zum Repräsentantenhaus in Arkansas	10

12/2001

1. Repräsentantenhaus für Erneuerung der „Fast-track authority“

Das Repräsentantenhaus hat sich am 6. Dezember 2001 mit der hauchdünnen Mehrheit von 215:214 Stimmen für die Erneuerung der „fast-track authority“ des Präsidenten bei Handelsverträgen ausgesprochen (vgl. CR 10/2001, S. 7). Für die Entscheidung stimmten 194 Republikaner und 21 Demokraten. Dagegen sprachen sich 189 Demokraten, 23 Republikaner und 2 unabhängige Abgeordnete aus.

Präsident Bush hat mit der Zustimmung des Repräsentantenhauses zur Erneuerung der sogenannten „trade promotion authority“ einen wichtigen politischen Zwischensieg errungen. Während es Bushs Amtsvorgänger Bill Clinton 1997 und 1998 nicht gelungen war, das Schnellverfahren für Handelsverträge (das im Jahr 1994 ausgelaufen war) zu erneuern (vgl. CR 10/1998, S. 5), konnte sich Bush mit einer groß angelegten Überzeugungskampagne im Repräsentantenhaus - wenn auch denkbar knapp - durchsetzen. Nun muss noch der Senat entscheiden, wo *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) allerdings erst in der zweiten Sitzungsperiode des 107. Congress eine Abstimmung herbeiführen will.

Bei der „trade promotion authority“ handelt es sich um eine prozedurale Selbstbindung der Legislative, die den Congress darauf festlegt, innerhalb von 90 Tagen und ohne Änderungen über ein vom Präsidenten vorgelegtes Handelsabkommen zu entscheiden. Dieser Selbstbindung wird von der Administration und ihrem Handelsbeauftragten Robert Zoellick große Bedeutung im Rahmen einer neuen Freihandelsrunde der Welthandelsorganisation WTO zugemessen. Ohne das Mandat für ein Schnellverfahren befürchtet die Administration, dass die Fähigkeit der USA zur Gestaltung der Verhandlungsagenda im Kontext der WTO, aber auch der Gespräche über ein Free Trade Area of the Americas (FTAA) untergraben werden könnte.

Massive Unterstützung wurde der Administration von der republikanischen Mehrheitsführung im Repräsentantenhaus um *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) zuteil, die nicht davor zurückschreckte, die Abstimmung in den Kontext der nationalen Krise einzurücken, in der sich die USA seit dem 11. September 2001 befinden. Hastert rief die Abgeordneten dazu auf, „unseren Präsidenten, der einen mutigen Krieg gegen den Terrorismus führt“, zu unterstützen. Dieser Loyalitätsdruck führte dazu, dass etwa 30 Republikaner mehr als ursprünglich angekündigt für die Erneuerung des „fast-track“-Mandats stimmten. „Ich hätte es vorgezogen, nicht in diese Situation gebracht zu werden“, erklärte der Republikaner Dana Rohrabacher (Cal.), der ursprünglich eine ablehnende Haltung eingenommen hatte, „aber ich denke, dass es Bin Laden war, der mich in diese Situation gebracht hat.“

Das änderte freilich nichts daran, das trotz des Loyalitätsdrucks 27 Republikaner dem Präsidenten ihre Gefolgschaft verweigerten. Umgekehrt stimmten nur 21 Demokraten für „fast-track“. 1997 waren es noch etwa doppelt so viele Befürworter der Erneuerung des Schnellverfahrens in der demokratischen Fraktion des Repräsentantenhauses gewesen. Ein Vorstoß der Demokraten, der die Erneuerung des „fast-track“-Mandats an Verhandlungsvorgaben für die Exekutive - etwa bei Umweltstandards oder in der Nahrungsmittelsicherheit - geknüpft hätte, scheiterte mit 162 gegen 267 Stimmen.

Gleichwohl kündigte der Demokrat Sander M. Levin (Mich.), einer der Initiatoren der gescheiterten Vorlage und *Ranking Democrat* im Handelsunterausschuss des *Ways and Means Committee* des Repräsentantenhauses an, „dass dies der Anfang und nicht das Ende“ der Bemühungen der Kritiker einer Erneuerung des „fast-track“-Mandats im Repräsentantenhaus sei. Auch der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO will seine Kampagne gegen „fast-track“ fortsetzen, weil er massive Verluste von Arbeitsplätzen und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten befürchtet.

Demgegenüber wertete die Administration das Abstimmungsergebnis als Zeichen für den neuen „Schwung“, den die amerikanische Außenhandelspolitik national und international erhalten habe. Dagegen prognostizierte Senator Byron Dorgan (D-N.C.) mit Blick auf die Entscheidungsfindung seiner Kammer einen sehr langsamen Abstimmungsprozess. Ein klares Mandat für die Freihandelspolitik Präsident Bushs lässt sich aus dem Votum des Repräsentantenhauses also noch nicht unbedingt ablesen.

2. Neue Verhandlungen über Konjunkturprogramm

Präsident Bush hat mit einem Kompromissvorschlag Mitte Dezember 2001 neue Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen über ein Konjunkturprogramm gebracht, dessen Verabschiedung bisher an grundsätzlichen Differenzen zwischen den Parteien gescheitert ist (vgl. CR 11/2001, S. 4).

Der Kompromissvorstoß der Administration greift die Ende November vorgelegten Vorschläge einer Gruppe zentristischer Mitglieder beider Parteien um die Senatoren John B. Breaux (D-La.) und Olympia Snowe (R-Maine) auf. Der Kompromiss sieht eine Erhöhung des Ausgabenvolumens für 2002 auf 93 Mrd. USD (bisher 75 Mrd. USD) vor und kommt den Demokraten in zwei wichtigen Streitpunkten entgegen.

Zum einen verzichtet die Administration auf die von den Demokraten abgelehnte Abschaffung der Mindestbesteuerung von Unternehmen (*Alternative Minimum Tax*). Republikanische Mitglieder des Congress haben allerdings signalisiert, dass sie weiterhin an einer entsprechenden Korrektur des Steuersystems festhalten wollen, da andernfalls Unternehmen möglicherweise nicht die vorgesehenen, zwischen den Parteien unstrittigen Investitionsanreize in Anspruch nehmen können.

Zum anderen sieht der Bush-Vorschlag vor, die geforderten Beihilfen für die Krankenversicherung wie die Verlängerung der Unterstützung für Arbeitslose gemäß den Vorstellungen der Demokraten auszugestalten. Bushs ursprüngliche Pläne hatten vorgesehen, die Umsetzung dieser Programmkomponenten den Einzelstaaten zu überlassen.

Weiterhin umstritten bleibt jedoch die Höhe der Zuschüsse zu den Krankenversicherungen für Arbeitslose wie deren technische Umsetzung. Während die Administration Zuschüsse in Höhe von 50 Prozent für individuelle Versicherungen

vorschlägt, fordern die Demokraten die Übernahme von 75 Prozent der Beiträge und Weiterversicherung durch die früheren Arbeitgeber.

Darüber hinaus lehnen es die Demokraten unverändert ab, die im Sommer beschlossene Absenkung der Steuersätze der 27 Prozent-Progressionszone auf 25 Prozent auf das nächste Jahr vorzuziehen (vgl. CR 6-7/2001, S. 3). *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) hat allerdings angedeutet, dass die Demokraten einer vorgezogenen Absenkung auf 26 Prozent zustimmen könnten.

Ungeachtet der sichtlichen Fortschritte in den Verhandlungen gilt ein endgültiger Kompromiss aber keineswegs als gesichert. Daschle ebenso wie der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Max Baucus (D-Mont.) zeigten sich vorsichtig optimistisch, dass eine Einigung noch vor der Weihnachtspause möglich ist. Die Demokraten scheinen sich angesichts der näherrückenden *Midterm*-Wahlen 2002 dabei in einer starken Position zu sehen, weil die Wähler traditionell die Partei des Präsidenten für die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik verantwortlich machen.

Demgegenüber haben die Administration und die Republikaner im Congress den öffentlichen Druck auf die demokratische Mehrheit im Senat deutlich erhöht. Die Republikaner im Repräsentantenhaus wollen bei Ausbleiben einer Einigung den Breaux-Snowe-Vorschlag zur Abstimmung bringen, um so die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern auf den demokratisch kontrollierten Senat abzuwälzen.

3. Congress einigt sich auf Kompromiss zur Bildungsreform

Ein Vermittlungsausschuss zwischen Senat und Repräsentantenhaus hat mit der Einigung über die verbleibenden Streitfragen Anfang Dezember 2001 den Weg für eine schnelle Verabschiedung von Präsident Bushs bildungspolitischer Reforminitiative (vgl. CR 6-7/2001, S. 5) freigemacht.

Das Repräsentantenhaus hat die Kompromissvorlage (*No Child Left Behind Act*, H.R. 1) am 13. Dezember 2001 mit 381 zu 41 Stimmen angenommen. Für die Vorlage stimmten 183 Republikaner und 198 Demokraten, dagegen 33 Republikaner, 6 Demokraten sowie die beiden unabhängigen Abgeordneten. Die Verabschiedung durch den Senat noch vor der Weihnachtspause gilt als sicher.

Die Senatoren und Abgeordneten des Vermittlungsausschusses einigten sich zum einen darauf, mit dem *National Assessment of Educational Progress Test* einen bundesweiten Standard zur Grundlage der Überprüfung des Fortschritts der einzelnen Schulen und Schuldistrikte zu machen. Republikanische Mitglieder des Congress hatten einzelstaatliche Tests favorisiert.

Zum anderen vereinbarten die Mitglieder des Vermittlungsausschusses, bereits ab September 2002 Schülern in Schulen, die als problematisch eingestuft werden, den

Wechsel in andere öffentliche Schulen zu erlauben und Mittel für private Nachhilfe freizugeben.

Die Verabschiedung der Gesetzesvorlage stellt den Einzelstaaten bereits für 2002 eine Erhöhung der Bundeszuschüsse um 8 Mrd. USD in Aussicht, 4 Mrd. USD mehr als von Präsident Bush ursprünglich gefordert. Zudem können die Einzelstaaten die bisherigen Bundeszuschüsse für Grund- und Sekundarschulen stärker nach eigenen Vorstellungen verausgaben. Im Gegenzug müssen sie allerdings in jährlichen Tests Fortschritte in den Bildungsleistungen der Schüler nachweisen.

Die republikanischen Gegenstimmen im Repräsentantenhaus kamen vor allem vom konservativen Flügel der Partei. Einige Abgeordnete kritisierten, dass die Administration im Zuge der Kompromissaushandlung die Forderung nach *school vouchers*, staatlichen Unterstützungszahlungen, auch für den Besuch von Privatschulen, fallen gelassen hat.

Im Senat wollen einige Senatoren gegen die Vorlage stimmen, weil sie keine Mittel zur Förderung behinderter Schüler enthält. Senator James Jeffords (I-Vt.) war Mitte des Jahres unter anderem wegen der ablehnenden Haltung der Administration in dieser Frage aus der republikanischen Fraktion ausgetreten (vgl. CR 6-7/2001, S. 1).

4. Repräsentantenhaus verabschiedet Anti-Terror-Rückversicherungsgesetz

Das Repräsentantenhaus hat am 29. November 2001 mit 227 gegen 193 Stimmen eine Gesetzesvorlage (H.R. 3210, *Terrorism Risk Protection Act*) angenommen, die durch staatliche Garantien und Subventionen das Angebot von Versicherungspolicen gegen Terroranschläge absichern helfen soll.

In der parteipolitisch polarisierten Abstimmung stimmten 207 Republikaner, 19 Demokraten sowie ein unabhängiger Abgeordneter für die Annahme der Vorlage, dagegen stimmten 9 Republikaner, 183 Demokraten sowie ein unabhängiger Abgeordneter.

Die von Michael G. Oxley (R-Ohio) für die republikanische Mehrheit eingebrachte Reformvorlage soll verhindern, dass die von der Versicherungsindustrie in Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 angekündigten dramatischen Preiserhöhungen und Terminierungen von Versicherungspolicen zu ökonomisch kaum tragbaren Belastungen für Unternehmen führen.

Der republikanische Gesetzentwurf sieht insbesondere vor, dass

- der Bund zumindest für ein Jahr die Abdeckung der durch Terroranschläge verursachten Schäden zu 90 Prozent übernimmt,

- die betroffenen Versicherungen den Bund für geleistete Beihilfen später kompensieren,
- Unternehmen im Fall von Terroranschlägen vor Klagen wegen Nachlässigkeit geschützt werden,
- gerichtlich verhängte Strafzahlungen ebenso wie Anwaltshonorare begrenzt werden.

Die republikanische Version weicht in zentralen Punkten von den von der Bush-Administration im Oktober skizzierten Vorstellungen ab. Die Administration hat vor allem die vorgesehene Rückzahlung der Subventionen durch die Versicherungsindustrie kritisiert. Dennoch hat die Administration die Annahme der Vorlage begrüßt und ihre Unterstützung angekündigt.

Die Demokraten und Verbraucherschutzverbände kritisieren demgegenüber vor allem die Einschränkungen der Klagemöglichkeiten gegen Unternehmen sowie von Kompensationszahlungen an Terroropfer. Die Demokraten favorisieren zudem die Einrichtung einer staatlichen Rückversicherungsgesellschaft nach britischem Vorbild, die den Versicherungsmarkt durch einen nationalen Reservefonds langfristig stabilisieren soll.

Aufgrund der unterschiedlichen Ziele und Vorstellungen haben sich die Beratungen im demokratisch kontrollierten Senat, dem mehrere konkurrierende Gesetzesentwürfe vorliegen, bisher verzögert. Ungeachtet des Drucks der Administration, bis zum Auslaufen der meisten Versicherungsverträge zum Jahresende eine kompromissfähige Lösung auszuarbeiten, scheint ein schneller Abschluss der Beratungen gegenwärtig wenig wahrscheinlich.

5. Führende Mitglieder des Congress drängen auf militärisches Vorgehen gegen den Irak

Im Congress haben sich Anfang Dezember 2001 zehn führende Mitglieder, darunter *Senate Minority Leader* Trent Lott (R-Miss.), seine Fraktionskollegen Jesse Helms (N.C.), John McCain (Arz.) und Richard C. Shelby (Ala.), sowie Henry R. Hyde (R-Ill.), der Vorsitzende des *International Relations Committee* im Repräsentantenhaus, in einem Brief an Präsident Bush dafür ausgesprochen, den Irak zum nächsten Ziel im Krieg gegen den Terrorismus zu machen.

Die Befürworter eines Militärschlags im Congress begründen ihre Forderung mit den Gefahren, die von den irakischen Programmen zur Entwicklung von nuklearen, chemischen und biologischen Massenvernichtungsprogrammen ausgehen und verweisen darauf, dass sich das Regime in Bagdad seit 1998 weigert, Waffeninspektoren der Vereinten Nationen ins Land zu lassen.

„Ich glaube“, so Jeff Sessions (R-Ala.), Mitglied des Streitkräfteausschusses im Senat, „dass es an der Zeit ist, sich mit der Irak-Frage auseinander zu setzen. Wir haben dieser Sache erlaubt, außer Kontrolle zu geraten, aber der 11. September hat gezeigt, was passiert, wenn wir drei oder vier Jahre warten bis der Irak die Massenvernichtungswaffen tatsächlich entwickelt hat.“

Unterstützung erhalten die Interventionsbefürworter unter den Republikanern von Senator Joseph Lieberman (D-Conn.), dem früheren demokratischen Vizepräsidentenskandidaten und Mitglied des *Senate Armed Services Committee*, sowie von Meinungsführern in der *strategic community*, darunter der frühere CIA-Direktor James Woolsey und Richard N. Perle, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium während der Präsidentschaft Ronald Reagans. „Der Irak“, so Perle, „sollte das nächste Hauptziel sein, weil er die größte Bedrohung für die USA darstellt.“

Die interventionistische Haltung wird zumindest von Teilen der Bush-Administration geteilt, wo sich insbesondere Paul D. Wolfowitz, der stellvertretende Verteidigungsminister, dafür stark gemacht hat, den Krieg gegen den Terrorismus auf den Irak auszuweiten. Präsident Bush hat Ende November verlangt, dass die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen in den Irak zurückkehren müssen. „Wenn jemand einem Terroristen Unterschlupf gewährt“, so Bush kurz und bündig, „ist er selbst ein Terrorist.“ Wer darüber hinaus Massenvernichtungswaffen entwickle, die benützt würden, „um Staaten zu terrorisieren“, so der amerikanische Präsident, „werde dafür haftbar gemacht.“

Im Congress gibt es aber auch kritische Stimmen gegenüber einer Ausweitung des „Kriegs gegen den Terror“ auf den Irak - und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Im Auswärtigen Ausschuss des Senats hat dessen Vorsitzender Joseph R. Biden (D-Del.) nachdrücklich vor einer militärischen Kampagne gegen das Regime in Bagdad gewarnt. „Wir sprechen von einer zweiten Phase im Irak oder Somalia oder sonst wo in der Welt“, so der Senator, „aber ich glaube, dass es eine zweite und dritte Phase in Afghanistan gibt, die erst noch kommt.“ Kritisch äußerte sich auch sein republikanischer Ausschusskollege Chuck Hagel (Neb.), der vor jedem Alleingang der USA gegen den Irak warnte. John Warner (Va.), führender Republikaner im Streitkräfteausschuss des Senats, sprach sich für enge Konsultationen mit dem Congress aus, und auch Carl Levin (D-Mich.), der Vorsitzende des *Senate Armed Services Committee*, mahnte zur Zurückhaltung.

6. Verhaltene Kritik an Einschränkung der Freiheitsrechte durch Präsident Bush

Im Congress sind die von Präsident Bush verfügten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung nach innen wie die Einrichtung von Militärtribunalen zur Aburteilung von mutmaßlichen Terroristen auf Kritik gestoßen. So sprachen sich Ende November 2001 39 Mitglieder des Repräsentantenhauses öffentlich dafür aus, dem

Präsidenten die Bewilligung von Haushaltsmitteln für eben solche Militärtribunale zu verweigern.

Im Senat hat vor allem Arlen Specter (Pa.), republikanisches Mitglied des Rechtsausschusses die mangelnde Konsultationsbereitschaft der Exekutive gerügt. „Selbst im Krieg“, so der Senator, „kommen dem Congress und den Gerichten entscheidende Rollen bei der Schaffung eines angemessenen Gleichgewichts zwischen nationaler Sicherheit und Bürgerrechten zu.“ In eine ähnliche Richtung hat sich Patrick J. Leahy (D-Vt.), der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Senats geäußert, der ebenfalls unterstrichen hat, dass Alleingänge des Präsidenten in der Rechtspolitik von der Verfassung nicht gedeckt sind.

Die Kritik entzündet sich vor allem an der

- von Justizminister John Ashcroft seit Ende November 2001 verfügten Inhaftierung von bislang etwa 540 nicht-amerikanischen Staatsbürgern wegen des Verdachts auf Unterstützung terroristischer Organisationen;
- Einrichtung von Militärgerichten, von denen des Terrorismus verdächtige Personen weltweit abgeurteilt werden sollen und zwar unabhängig davon, ob sie amerikanische Staatsbürger sind oder nicht. Eine Verurteilung soll dabei bereits mit einer Zweidrittel-Mehrheit des Gerichts erfolgen können.
- Überwachung von Gesprächen zwischen Bundesgefangenen und deren Strafverteidigern. Zwar betont das Justizministerium, dass der Inhalt abgehörter Gespräche nicht vor Gericht verwendet werden soll, hält jedoch eine Überprüfung der Strafverteidiger von des Terrorismus Verdächtigen für unverzichtbar.

Die Kritiker im Congress werfen Präsident Bush vor, mit seinen Anti-Terrorismus-Maßnahmen das amerikanische Rechtssystem mit Füßen zu treten und die durch die Verfassung garantierten Freiheitsrechte empfindlich einzuschränken. Sie verlangen deshalb eine vorherige Autorisierung der Maßnahmen durch den Congress.

Öffentliches Aufsehen erregte dabei insbesondere der Fall des Radiologen Al Abder Al-Hamzi, eines saudischen Staatsbürgers, der kurz nach den Terrorangriffen des 11. September in San Antonio festgenommen und für 12 Tage vom Justizministerium ohne weitere Begründung festgehalten worden war, bevor er wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Allerdings scheint die amerikanische Öffentlichkeit die Notstandsmaßnahmen des Präsidenten bisher mehrheitlich zu unterstützen. Einer Washington Post/ABC-Umfrage vom November zufolge sind mehr als 70 Prozent der Befragten der Auffassung, dass die Regierung genug tut, um die Bürgerrechte von des Terrorismus Verdächtigen zu schützen.

7. Maßnahmen gegen Bio-Terrorismus im Repräsentantenhaus anhängig

Wie schon im Senat (vgl. CR 11/2001, S. 8) ist seit Anfang Dezember 2001 auch im Repräsentantenhaus eine Gesetzesvorlage anhängig, die auf verbesserte Maßnahmen zur Bekämpfung des Bio-Terrorismus abhebt.

Danach sollen u.a.

- 450 Mio. USD für die *Centers for Disease Control and Prevention* zur Verfügung gestellt werden;
- 1 Mrd. USD zusätzlich für den Ausbau der nationalen Impfstoffreserven und Depots für Antibiotika aufgewendet werden;
- die Grenzkontrollen durch die Food and Drug Administration verschärft werden;
- 100 Mio. USD zum Schutz von Trinkwasserreservoirs bereitgestellt werden.

Billy Tauzin (R-Ia.) und John D. Dingell (D-Mich.) begründeten ihren Gesetzesvorstoß mit den Milzbrandanschlägen in den USA, die der Bevölkerung und dem Congress die Notwendigkeit besserer Schutzmaßnahmen gegen bio-terroristische Anschläge auf erschreckende Weise vor Augen geführt haben.

8. Bush-Kommission präsentiert Vorschläge zur Rentenreform

Die von Präsident George W. Bush im Sommer 2001 eingesetzte Kommission zur Reform des Rentenversicherungssystems (*President's Commission to Strengthen Social Security*, vgl. CR 5/2001, S. 9) hat Anfang Dezember die von ihr ausgearbeiteten Empfehlungen publik gemacht (siehe die Berichtsvorlage unter <http://www.csss.gov>).

Die von der Kommission unter der gemeinsamen Leitung von Patrick Daniel Moynihan, dem früheren demokratischen Senator aus New York, und Robert D. Parsons, dem Finanzchef von AOL-Time-Warner, einstimmig angenommenen Empfehlungen geben allerdings nicht den gewünschten Rahmen für eine umfassende Strukturreform vor. Vielmehr hat sich die Kommission darauf beschränkt, drei mögliche Reformoptionen als Anstoß für die Diskussion zu skizzieren.

Hintergrund der neuerlichen Reformbestrebungen sind die drohenden Finanzierungsprobleme des US-Rentenversicherungssystems (*Old Age, Survivors, and Disability Insurance*, OASDI), das ohne eine Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen nach aktuellen Schätzungen im Jahr 2038 die Leistungen nicht mehr aus den laufenden Einnahmen und den aufgebauten Reserven decken kann.

Der Untersuchungsauftrag des Präsidenten an die Kommission sah u.a. vor, dass

- das Rentenniveau für gegenwärtige Leistungsbezieher nicht abgesenkt wird,
- die Rentenbeiträge (*social security tax*) nicht erhöht werden und
- individualisierte Rentenkonto eingerichtet werden sollen, die in begrenzter Form private Anlagen erlauben.

Ungeachtet dieser weitgehenden Einschränkungen sollten die Reformen einen wesentlichen Beitrag zur langfristigen Stabilisierung von OASDI leisten.

Die drei von der Kommission ausgearbeiteten Reformvarianten bieten gemäß den Vorgaben unterschiedliche Kombinationen von individuellen Rentenkonto (*Personal Accounts*) und Leistungskürzungen, wobei die Beteiligung jeweils freiwillig bleibt:

Option 1 würde es den Rentenversicherten erlauben, 2 Prozentpunkte der gegenwärtigen Beiträge in Höhe von 12,4 Prozent (bis zu USD 80.400 jährlich, jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen) in Personal Accounts einzuzahlen; im Gegenzug würden die Rentenansprüche um die ausgegliederten Beiträge (zuzüglich einer Verzinsung von real 3,5 Prozent pro Jahr) verringert.

Option 2 würde es den Rentenversicherten freistellen, bis zu 4 Prozentpunkte (aber maximal USD 1.000 pro Jahr) in Individualkonto einzuzahlen; die Rentenansprüche würden entsprechend um die entgangenen Beiträge (zuzüglich einer Verzinsung von real 2 Prozent pro Jahr) reduziert.

Option 3 sieht im Unterschied zu den ersten beiden Varianten einen zusätzlichen Rentenbeitrag von 1 Prozent des Einkommens vor, der aus dem gesetzlichen Beitrag mit bis zu 2,5 Prozentpunkten (max. USD 1.000 pro Jahr) bezuschusst würde. Die Rentenansprüche würden dabei um die entgangenen Beiträge (zuzüglich einer Verzinsung von real 2,5 Prozent pro Jahr) gekürzt. Für die unteren Einkommensgruppen sind zusätzliche Subventionen vorgesehen.

Allerdings würde es keine der Optionen erlauben, die Finanzierungsprobleme von OASDI ohne zusätzliche Finanzmittel, deren Herkunft ungeklärt bleibt, zu lösen. Selbst die langfristig drastische Absenkung des Rentenniveaus unter Option 2 würde in den ersten beiden Jahrzehnten erhebliche Bundessubventionen von jährlich bis zu 100 Mrd. USD erforderlich machen.

Die Befürworter einer (Teil-)Privatisierung der Rentenversicherung - vor allem aus der Administration und den republikanischen Fraktionen im Congress - haben die Vorlage der Empfehlungen durch die Kommission als Diskussionsvorlage begrüßt, auch wenn der Abschlussbericht nicht den erhofften Reformvorschlag für eine direkte Umsetzung beinhaltet.

Die zumeist demokratischen Kritiker verweisen demgegenüber auf die Risiken von Personal Accounts und die verbleibenden hohen Kosten selbst bei drastischen Kürzungen der zukünftigen Renten. Allerdings hat die Kommission keine Finanzierungsvorschläge vorgelegt, was als zentrales Problem für die kommende Debatte gesehen wird. Dass keine Einigung auf ein Reformkonzept möglich gewesen ist, gilt als ein Anzeichen dafür, dass die Bush-Administration nicht die politische Kraft hat, dieses mit Blick auf die Wahlen 2002 und 2004 sensible Themen zu lösen.

Der demokratische Abgeordnete Robert Matsui (Cal.), *Ranking Minority Member* des für die Rentenversicherung zuständigen Unterausschusses des *House Ways and Means Committee*, sieht den Abschlussbericht als Beleg, dass sich angesichts der notwendigen Kürzungen und Zuschüsse eine "Privatisierung nicht rechnet" und dass damit die "Kommission einen sanften Tod gestorben ist".

Die Bush-Administration hält aber ungeachtet der möglichen politischen Risiken einer Sozialversicherungsreform daran fest, die Debatte auf der Basis der vorgelegten Optionen weiter voranzutreiben. Die Republikaner E. Clay Shaw, Jr. (Fla.) und Jim DeMint (S.C.) haben unmittelbar nach der Vorlage des vorläufigen Berichts eigene Gesetzentwürfe eingebracht, die das Konzept der Personal Accounts aufgreifen.

9. Nachwahl zum Repräsentantenhaus in Arkansas

Der republikanische Kandidat John Boozman hat Ende November 2001 erwartungsgemäß die Nachwahlen in Arkansas 3rdDistrict gewonnen.

Der Wahlkreis war im Sommer durch die Berufung von Asa Hutchinson (R-Ark.) zum Leiter der *Drug Enforcement Agency* (DEA) frei geworden. Der Wahlkreis gilt traditionell als republikanische Hochburg.

Boozman, ein früherer Optiker, setzte sich mit 56 Prozent der Stimmen gegen den Demokraten Mike Hathorn (42 Prozent) durch. Hathorn gelang es ungeachtet seines konservativen Profils und scharfer Attacken gegen republikanische Vorhaben zur Sozialversicherungsreform nicht, seine Kontrahenten ernsthaft zu gefährden.

Durch den republikanischen Wahlsieg ergibt sich die folgende Sitzverteilung im Repräsentantenhaus:

Repräsentantenhaus – 107. Congress*		
(Stand Dezember 2001)		
Republikaner	Demokraten	Unabhängige
221	211	2

* Vakant: 2ndDistrict, South Carolina